

Christlich fundierte Politik in der Herausforderung durch die Flüchtlingswelle in Deutschland und Europa

Die Flüchtlingspolitik spaltet das Land. Die eine Seite führt im Kern das Gebot der Nächstenliebe zur Begründung unbegrenzter Aufnahme an, die andere warnt vor der Überforderung der Gesellschaft und vor einer Islamisierung. Der folgende Beitrag stellt das Gebot der christlichen Nächstenliebe in den Kontext der Verantwortung politischen Handelns für den Einzelnen wie auch für das Gemeinwesen und die Herkunftsländer der Flüchtenden. Und er fragt nach der größeren Dimension der Gegenwart Gottes in diesem Geschehen. Was ist der Auftrag für Deutschland in der gegenwärtigen historischen Situation?

Der historische Kontext

Deutschland hat in den letzten 70 Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine Entwicklung genommen, die wir nicht allein aus eigener Wirtschaftskraft, Intellekt und Fleiß erklären können. Das Wirtschaftswunder der BRD verdankte sich wesentlich der Aufbauhilfe der USA. Das Ansehen Deutschlands in der Welt wurde vor allem durch die Bereitschaft zu ehrlichem Schuldeingeständnis und demütiger Verantwortungsübernahme für Europa durch deutsche Politiker wiederhergestellt. Die Wiedervereinigung unseres Landes folgte dem Aufbrechen von Solidarnosc, Glasnost und Perestroika im Osten Europas und dem Mut der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegungen. Ihr unblutiges Gelingen ging jedoch mit den Kerzen und Gebeten in den Kirchen und mit der Erfahrung der Gnade Gottes in diesem nicht zu erwartenden Wunder des Falls der innerdeutschen Grenze und des Eisernen Vorhangs durch Europa einher. Über das Wiedererblühen Ostdeutschlands nach 40 Jahren Sozialismus können wir heute nur dankbar staunen. Deutschland ist in den letzten 25 Jahren zu einer starken Nation zusammengewachsen, der eine Führungsrolle im Herzen Europas zugetraut und anvertraut wird.

Gleichzeitig zersplittert seit einigen Jahren die islamische Welt. Der arabische Frühling hat in vielen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens ein Machtvakuum für Islamisten hervorgebracht und zahlreiche Staaten in Bürgerkriege gestürzt. Sunniten und Schiiten bekämpfen sich gegenseitig. Der IS stellt den vorläufigen Gipfel der Gewalt gegen moderate Muslime, Christen und andere Minderheiten dar. Und Saudi-Arabien und einige reiche Golfstaaten finanzieren den Terror gegen ihre Glaubensgeschwister. Aus diesen aufgeriebenen Staaten und perspektivlosen Flüchtlingslagern flüchten die Menschen nun massenweise in das bisher von ihnen verachtete, moralisch verkommene, christliche Europa.

Woran richten wir unser politisches Handeln aus?

Die Bibel gibt uns sowohl gesinnungs- als auch verantwortungsethisch Leitlinien für die Ausrichtung der Politik in der gegenwärtigen Flüchtlingsbewegung.

Gesinnungsethisch stellen wir uns der Aufforderung in 3Mose 19,33f: „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland. Ich bin der HERR, euer Gott.“, wie auch der Aufforderung Jesu in Mt 25,35ff, die

Hungrigen zu speisen, die Fremden aufzunehmen, die Nackten zu kleiden. Es geht hier um den zentralen Wert christlicher Nächstenliebe.

Verantwortungsethisch gilt es, die Kosten zu überschlagen und die Auswirkungen über den Einzelnen hinaus auf die Gesellschaft und über die aktuelle Situation hinaus auf zukünftige Generationen zu bedenken und entsprechend politisch zu agieren. Nächstenliebe muss hier in einem größeren Kontext gedacht und dafür die Rahmenbedingungen gesetzt werden. Und es gilt, die eigene Identität zu klären und zu stärken, in die wir die Fremden aufnehmen (5Mose 28,43).

Untergang oder Auftrag für Deutschland?

80% der Flüchtlinge sind Muslime und es wird zurecht die weitere Ausbreitung des Islam in Deutschland und Europa durch die gegenwärtige Völkerwanderung befürchtet, zumal es bereits islamische Parallelgesellschaften gibt, deren Integration in die Mehrheitsgesellschaft über Jahrzehnte nicht gelungen ist und die im Gegenteil eine zunehmende Radikalisierung aufweisen.

Wir wissen andererseits aus den Berichten syrischer, irakischer und iranischer Christen, dass viele ihrer muslimischen Mitbürger in ihrem Glauben tief erschüttert sind und vor dem massiven Druck des Islam in ihren Ländern fliehen. Sie empfinden es als Schande für die muslimische Weltgemeinschaft, dass Saudi-Arabien, die Golfstaaten, der Iran und die Türkei kaum Flüchtlinge aufnehmen oder sie sträflich behandeln. Die Christen in Syrien, im Irak und den Nachbarländern stehen selbst unter dem Terror des Islam und nehmen dennoch seit Jahren Flüchtlinge auf unter enormem persönlichen Einsatz und mit der Unterstützung vieler Christen aus dem Westen. Nun stehen diese Muslime vor unserer Tür, und die Christen im Nahen Osten bitten uns, sie das wahre Gesicht des Christentums sehen zu lassen in Liebe, Wort und Tat, sie aufzunehmen und ihnen zu dienen, bevor sie sich enttäuscht wieder dem Islam zuwenden.¹

Und wir erleben, dass unzählige Freiwillige in Deutschland diesen Menschen im Geiste von Jes 58,7 begegnen: „Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus! Wenn du einen nackt siehst, so kleide ihn, und entzieh dich nicht deinem Fleisch und Blut.“

Diese Hilfsbereitschaft mag gegenüber den Gefahren des Islam unbedarft sein. Wo wir dieser Aufforderung folgen, dürfen wir uns dennoch auf die folgenden Verheißungen in Jes 58,8-12 verlassen und damit rechnen, dass dies unserem Land nicht zum Schaden gereichen wird.

Wir können davon ausgehen, dass der Herr der Geschichte, der Deutschland unverdient in den letzten 70 Jahren überreiche Gnade zuteilwerden ließ, auch jetzt in Kontrolle über diese Flüchtlingsströme ist, die nach Deutschland kommen, und dass dies kein böser Unfall ist, der unser Land ruinieren soll. Gott scheint Deutschland zuzutrauen, bei der Rettung der Söhne und Töchter Ismaels eine wichtige Rolle zu spielen.

Auftrag der Kirchen

Muslimen das Evangelium von Jesus Christus nahezubringen, ist offensichtlich Aufgabe der Kirchen und jedes Christen in seinem persönlichen Umfeld. Auch die persönliche Hinwendung zu den

¹ Vgl. Open Doors, Zur aktuellen Flüchtlingssituation in Deutschland, Stellungnahme von Markus Rode https://www.opendoors.de/od_live/stellungnahme_zur_fluechtlingssituation_in_deutschland_von_markus_rode/

Flüchtlingen, Trost, Hilfe, Kleidung und Versorgung über die staatlich organisierte Unterbringung hinaus sind Gegenstand nachbarschaftlichen, bürgerschaftlichen und kirchlichen Engagements. Und selbstverständlich sollen die christlichen Gemeinden ihre Glaubensgeschwister aufnehmen.

Unsere Kirchen sind geistlich und personell weitestgehend nicht darauf vorbereitet, tausende Muslime mit dem Evangelium bekannt zu machen. In vielen Gemeinden herrscht ein Klima der Abwehr gegen den Islam und eine Lähmung gegenüber den Flüchtlingen. Angesichts der Befürchtung einer Islamisierung unserer christlichen Zivilisation mögen jedoch auch entkirchlichte Einheimische (besonders in Ostdeutschland, wo mit Pegida-Ablegern am vehementesten dagegen demonstriert wird) wieder nach dem christlichen Fundament unserer Kultur fragen. Auch ihnen muss die Kirche Jesus Christus als Urheber unserer freiheitlich-demokratischen Grundwerte bezeugen. Der Atheismus hat der Religion des Islam nichts entgegenzusetzen.

Wenn Kirchen einseitig auf Diakonie und Dialog der Religionen setzen, ignorieren sie, dass der Islam Unterwerfung fordert. Muslime, die die Liebe Gottes in Jesus Christus und die Freundlichkeit von uns Deutschen erlebt haben, können hingegen selbst die effektivsten Missionare unter ihresgleichen werden.

Wo ist die Politik gefragt?

Damit dies geschehen kann und nicht islamistische Kräfte nach der Herrschaft über Bereiche unserer Gesellschaft greifen, muss die Innenpolitik dafür die Rahmenbedingungen schaffen und unsere rechtsstaatliche Ordnung in allen Aspekten grundlegend stärken. Asylsuchende müssen die Regeln unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verstehen und sich darin einfügen.

- Die Politik hat in der Legislative das in Deutschland geltende Asylrecht zu stärken und an Leib und Leben Verfolgten unabhängig von ihrer Religion Schutz und einen entsprechenden Asylstatus zu gewähren. Armutsflüchtlingen z. B. aus den Balkanstaaten darf weder Asyl noch ein Duldungsstatus eingeräumt werden, da dies ihren Herkunftsländern schadet und die Ressourcen unseres Landes für Asylberechtigte auszehrt. Hier muss der grundlegende Wert der christlichen Nächstenliebe auf den größeren Kontext des Gemeinwesens angewandt werden. Ein Einwanderungsgesetz, das ausgebildete Fachkräfte aus ärmeren Ländern nach Deutschland zieht, darf unter dem Aspekt globaler Gerechtigkeit keine Option sein. In diesen Ländern muss die EU in die Verbesserung der Infrastruktur investieren.
- Die Judikative hat ohne Abstriche die in unserem Land garantierte Religionsfreiheit zu gewährleisten und Übergriffe auf zum Christentum konvertierte Muslime nach Recht und Gesetz zu ahnden. Politische und religiöse Ansprüche müssen strikt getrennt werden. Wo der Islam über seinen Status als Religion hinaus Rechts- oder gar Staatssystem sein will, muss ihm sein Anspruch auf Akzeptanz in unserer Gesellschaft verwehrt werden.
- In der Exekutive muss der Staat Glaubenskriege unterbinden. Zurzeit sind Christen in den Flüchtlingsunterkünften meist schutzlos der Gewalt muslimischer Mitbewohner ausgesetzt. Ebenso ist die einheimische Bevölkerung zu schützen. Zwangseinweisungen, Beschlagnahmung von Privateigentum oder generell eine Zwangssolidarisierung der Gesellschaft töten bürgerschaftliches Engagement, wie wir das im Sozialismus erlebt haben, und wenden die Stimmung gegen die Asylsuchenden. Die Politik kann und muss um das Engagement der Bevölkerung für die Flüchtlinge bitten und es fördern. Diese Zuwendung zum Nächsten kann aber nur freiwillig erfolgen.

Die Bereitschaft der Bevölkerung zur Aufnahme und Zuwendung für Flüchtlinge setzt die Grenze für die Kapazitäten, die Deutschland für Asylsuchende hat – nicht politische oder ideologische Vorgaben! Deshalb muss diese Bereitschaft gestärkt und erhalten werden. Dazu müssen Politik und Medien wahrheitsgemäß informieren und Problemlagen ungeschönt benennen, sensibel auf die Stimme des Volkes hören und den Zustrom entsprechend begrenzen, wenn die Mehrheitsgesellschaft die integrieren soll, die einen dauerhaften Aufenthaltsstatus bekommen.

Europäischer Kontext

Die grundlegenden christlichen Werte, aus denen das neue Europa nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist, sind Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Subsidiarität und Frieden. Daraus ist eine Staatengemeinschaft entstanden, in der sich jeder EU-Bürger frei bewegen kann, deren Staaten gleiche Rechte und sich zur Solidarität untereinander verpflichtet haben, die innerstaatliche Angelegenheiten selbst regeln und die Zuständigkeiten an die EU abgegeben haben, die einheitlicher oder übergreifender gesetzlicher Regelungen bedürfen. Damit lebt Europa seit 70 Jahren im Frieden.

Dieser Frieden ist durch den massiven Zustrom von außereuropäischen Flüchtlingen gefährdet. Migrationspolitik fällt in die Zuständigkeit der Nationalstaaten. Mit dem Scheitern des Dublin-Abkommens und offenen innereuropäischen Grenzen ist Migration aber zu einem gesamteuropäischen Problem geworden und die EU strebt gesamteuropäische Lösungen an.

Die Solidargemeinschaft der europäischen Staaten versagt jedoch gegenüber den Zuwanderern von außen. Auch hier gilt, dass man Europa nicht zwangssolidarisieren darf und die Aufnahme von Flüchtlingen nur freiwillig erfolgen kann; dass die EU für Solidarität werben, aber Staaten nicht verpflichten oder dafür unter Druck setzen darf. Zwang zur Aufnahme wird sich zwangsläufig gegen die Flüchtlinge wenden. Ohnehin wird eine europäische Quotenregelung aufgrund der offenen Grenzen absehbar nur mit Gewalt oder neuen Zäunen durchsetzbar sein. Auch mit der Festsetzung einheitlicher Mindeststandards für die Versorgung von Flüchtlingen werden die Bedingungen in Deutschland und Skandinavien besser sein als in ärmeren Ländern. Zudem würde ein solcher Mindeststandard, der deutlich über dem Lebensstandard der armen Bevölkerungsschichten liegt, den sozialen Frieden in den Ländern erheblich gefährden.

Einigkeit besteht in den EU-Staaten weitgehend darüber, dass die Außengrenzen Europas besser geschützt werden müssen, um den Flüchtlingszustrom zu begrenzen. Die European Christian Political Movement (ECPM) schlägt dafür eine bessere Kooperation der EU-Länder zugunsten der Randstaaten vor. Die Flüchtlingslager im Nahen Osten sollen zudem zu „sicheren Häfen“ ausgebaut werden, mit Infrastrukturen für Ausbildung, um den Menschen eine Perspektive zu geben und sie für die Rückkehr in ihre Heimatländer auszurüsten. Solche „sicheren Häfen“ sollen auch in Nordafrika entstehen, wohin aufgegriffene Bootsflüchtlinge gebracht werden können. Die Lager sollen die Orte für Anträge auf einen temporären europäischen Asylstatus sein, um illegale, gefährliche Einreisen zu vermeiden und den wirklich Bedürftigen eine Chance zu geben. Damit soll keine Abschottungspolitik betrieben, sondern die Europäische Menschenrechtskonvention gerecht umgesetzt werden.

Globale Perspektive

Ein Asylstatus gilt normalerweise so lange, wie die Bedrohung im Herkunftsland besteht. Hier muss das deutsche Asylrecht überprüft werden, in welchen Fällen ein dauerhafter Aufenthaltsstatus gewährt wird.

Politiker der Balkanstaaten wie auch christliche Leiter im Nahen Osten reklamieren, den Menschen in den Ländern vor Ort zu helfen, anstatt ihnen Anreize zur Auswanderung zu geben. Familien, Ländereien und nicht zuletzt christliche Gemeinden bluten aus, wenn die jungen Männer das Land verlassen. Oft sind es nicht die wirklich Verfolgten und Benachteiligten, die es schaffen, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Afrikanische Flüchtlinge suchen hingegen oft vor allem eine Ausbildungsmöglichkeit, um in ihrem Land Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten schaffen zu können.²

Die Aufgabe des deutschen Staates kann deshalb nicht vorrangig die dauerhafte Aufnahme und Integration der Asylbewerber sein. Viele werden sich in das Leben in Europa nicht einfügen können. Unser Auftrag muss es sein, die jungen Menschen gut auszubilden, sie freiheitlich-demokratische Grundwerte und ihre Verantwortlichkeit für das Gemeinwesen zu lehren und sie so für eine zukünftige Rückkehr in ihr Heimatland auszurüsten, wo sie für den Wiederaufbau gebraucht werden. Das kann am ehesten gelingen, wenn sie Christen werden, da der Wert des Engagements über die familiäre und religiöse Einheit hinaus in der islamischen Kultur wenig präsent ist.

Das deutsche Asylrecht muss zu diesem Zweck den Nachzug von Familienangehörigen neu regeln und darf diesen nur einräumen, wenn die Herkunft des Asylbewerbers zweifelsfrei nachgewiesen ist. Unverheiratete junge Männer dürfen keinen Anreiz erhalten, mittels Scheinehen Angehörige nachzuholen. Eine Vervielfachung der jetzigen Immigranten durch Familienangehörige wird die traditionellen Wertesysteme der mehrheitlich arabischen Herkunftskultur in Europa verfestigen und Parallelgesellschaften hervorbringen, die die Mehrheitsgesellschaft nicht integrieren kann.

Schließlich ist die deutsche Politik gefordert, in den Krisenherden, aus denen die Flüchtlinge kommen, zu vermitteln, Friedenslösungen zu unterstützen und den Aufbau der Länder zu fördern. Das kann militärisch notwendig sein wie im Krieg gegen den IS, politisch beim Aufbau demokratischer Strukturen wie in Nordsyrien³ oder wirtschaftlich mit Investitionen in die Infrastruktur.

Zentral ist darin die Rolle Deutschlands im Nahen Osten. Deutschland hat eine historische Verantwortung, in aller Bedrohung an der Seite des jüdischen Volkes und des Staates Israel zu stehen. Bis heute wurden jedoch tödliche Bündnisse Deutschlands mit dem Islam nicht gelöst: Kaiser Wilhelm des II. Freundschaftsverträge mit dem osmanischen Sultan von Damaskus mündeten 1915 in der Mitschuld Deutschlands am Völkermord an den Armeniern. Hitler verbündete sich 1941 mit dem Großmufti von Jerusalem zur Auslöschung des Judentums in Europa und im arabischen Raum.⁴ Diese Bündnisse schlagen sich bis heute in einer indifferenten Toleranz gegenüber palästinensischen Machtansprüchen, Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien oder der iranischen Bedrohung Israels nieder wie auch in der Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland. Die deutsche Politik ist gefordert, diese Bündnisse aufzuarbeiten und die Verantwortung für die Auswirkungen bis in die Gegenwart hinein zu übernehmen.

² Vgl. Vortrag von Rupert Neudeck in Erfurt am 14.10.2015 <http://www.mdr.de/mediathek/mdr-videos/b/video303266.html>

³ <http://www.syriacsnews.com/social-contract-democratic-self-administration-syria/>

⁴ Vgl. Rosemarie Stresemann „Deutschland – Erfinder des politischen Dschihad? Deutschlands Bündnisse mit dem Islam“ in *Z für Zukunft* Ausgabe 13/14 <http://www.zwiefukunft.de/Z13-Grossmufti-Deutschland.pdf>

Politische Prämissen

Christlich fundiertes politisches Handeln fokussiert in der Flüchtlingsproblematik weder einseitig auf die Wünsche des einzelnen Asylbewerbers („linke“ Politik) noch einseitig auf die Interessen Deutschlands („rechte“ Politik). Die größere Perspektive der globalen Zusammenhänge und der heilsgeschichtliche Horizont, der sich uns in den Umwälzungen dieser Zeit eröffnet, lassen von selbstbezogenen Perspektiven jeder Seite wegsehen auf das Gebot der gegenwärtigen historischen Situation.

Für diese politische Perspektive setzt sich Bündnis C ein: vor Ort mit Interventionen zum Schutz der Religionsfreiheit und insbesondere zum Christentum konvertierter Muslime⁵, in Deutschland mit der Forderung nach konsequenter Anwendung bzw. Neuregelung des geltenden Asylrechts und einer klaren Haltung gegenüber politischen Ansprüchen des Islam und im Nahen Osten mit der Unterstützung der Christian Political Foundation for Europe (CPfE) in ihrem Einsatz für die demokratische Selbstadministration der Syriacs⁶.

Karin Heepen

Bündnis C – Christen für Deutschland – AUF&PBC
Bundesvorsitzende

⁵ S. Offener Brief an den Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen Herrn Bodo Ramelow, den Minister für Inneres und Kommunales Herrn Dr. Holger Poppenhäger und den Leitenden Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Meiningen Herrn Dieter Lohmann zur Verfolgung der Straftaten in der Erstaufnahmeeinrichtung Suhl am 19. August 2015 <http://www.buendnis-c.de/index.php/aktuell/188-offener-brief-zur-christenverfolgung-in-deutschen-asyleinrichtungen>

⁶ <http://www.buendnis-c.de/index.php/aktuell/178-syrien-christian-political-foundation-for-europe>